

Scherz

Werkverträge & freie Dienstverhältnisse

3. Auflage, LexisNexis Verlag, Wien 2010, 120 Seiten, € 27,-

Werkverträge und freie Dienstverträge stellen beliebte Formen der Arbeitsflexibilisierung dar. Die zahlreichen Änderungen im Sozialversicherungs- und Steuerrecht der letzten Jahre – allen voran die sozialversicherungsrechtliche „Aufwertung“ freier Dienstverträge und die Möglichkeit eines „opting in“ in die Arbeitslosenversicherung für selbständig Erwerbstätige – haben eine Neuauflage dieses Ratgebers der GPA-Expertin für atypische Beschäftigung fast schon zwingend erforderlich gemacht.

Scherz bietet mit ihrem Buch (potentiell) Betroffenen einen Überblick über die arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Grundlagen der genannten Vertragsformen. Zahlreiche Beispiele erleichtern das Verständnis der kompakten, inhaltlich eher knapp gehaltenen Darstellung. Als besonders praxisrelevant ist jenes Kapitel hervorzuheben, in dem die Autorin systematisch die sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Konsequenzen im Falle parallel bestehender echter und freier Dienstverhältnisse bzw. Werkverträge sowie die Auswirkungen von Einkünften aus Werk- bzw. freien Dienstverträgen neben Sozial(versicherungs)leistungen und Studium darstellt; auch hier sorgen griffige Beispiele für eine bessere Verständlichkeit.

Die rechtlichen Neuerungen hat die Autorin umfassend in die neue Auflage eingearbeitet. Kritisch ist hier allenfalls anzumerken, dass auf der Suche nach Erklärungen zu neuen Begriffen etwas Spürsinn erforderlich ist; so finden sich etwa die wichtigsten Erläuterungen zum neuen „opting in“ in die Arbeitslosenversicherung für Selbständige nicht wie erwartet bereits im Kapitel „Sozialversicherung“, sondern erst weiter hinten im Zuge der Darstellung von Parallelbezügen. Erleichtert wird diese Suche allerdings durch das Stichwortverzeichnis im Anhang, das für den Anwender ebenso positiv hervorzuheben ist wie die ebenfalls im Anhang enthaltene, systematisch gegliederte Übersicht über die wichtigsten Ansprechpartner für weitergehende Informationen.

BIRGIT SCHRATTBAUER (SALZBURG)

Krapf/Thamm

Jobverlust – Was kann ich tun?

Manz Verlag, Wien 2011, 212 Seiten, broschiert, € 18,80

In einer immer mobiler werdenden Arbeitswelt werden langjährige Beschäftigungsverhältnisse zunehmend von der Regel zur Ausnahme; man mag dies bedauern, hat es aber jedenfalls zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig steigt der Beratungsbedarf der AN, die gewollt oder ungewollt mit einer Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses konfrontiert sind.

Die Autoren knüpfen an diesen Beratungsbedarf an und wollen mit ihrem Ratgeber die wichtigsten Informationen zusammenfassen, die für den Zeitraum der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses und für die allenfalls folgende Phase der Arbeitslosigkeit benötigt werden.

In diesem Sinne behandeln die Autoren sowohl arbeitsrechtliche Themen wie die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, als auch einschlägige sozialversicherungsrechtliche Themen der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung vom

Arbeitslosengeld über die Notstandshilfe bis zu Beihilfen des Arbeitsmarktservice (AMS); überdies behandeln die Autoren kursorisch auch die „Option Selbständigkeit“.

Ansprechend ist der übersichtliche Aufbau dieses Ratgebers, der im Anhang auch nützliche Adressen samt Telefonnummern auflistet (Gebietskrankenkassen, Geschäftsstellen des AMS, Bundessozialämter, Arbeiter- und Wirtschaftskammern etc). Erfreulich ist auch die leichte Lesbarkeit, die dennoch nicht auf Kosten der Vollständigkeit und Genauigkeit der einzelnen praxisrelevanten Themen geht; dies wird insb. auch durch einen gut strukturierten Text erreicht (ua mit Beispielen und Tipps). Auch der erfrischende Stil trägt zur Lesefreude bei.

Resümierend kann dieser Ratgeber nicht nur allen AN empfohlen werden, die mit einer Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses konfrontiert sind, sondern er ist durchaus auch für den/die PraktikerIn, der/die sich einen schnellen Überblick verschaffen möchte, von Gewinn.

WOLFGANG GORICNIK (SALZBURG)

Burger

Das Ende des Streikrechts?

Verlag des ÖGB, Wien 2011, 196 Seiten, € 34,80

Zunächst und um Verwechslungen zu vermeiden: Es gibt nunmehr zwei *Florian Burger* in der Arbeitsrechtswissenschaft. Den älteren (Rechtswissenschaftler) an der Universität Innsbruck, und den jüngeren, der bei der Arbeiterkammer Wien beschäftigt ist. Letzterer hat diese Monografie als Dissertationsschrift an der Universität Salzburg vorgelegt.

Es gehört schon einiger Mut dazu, sich bei seinem Erstlingswerk an einem rechtsdogmatisch derart schwierigen Thema zu messen wie dem Arbeitskampfrecht. Noch dazu, wenn man dieses in den europarechtlichen Kontext einzubetten sucht. *Florian Burger* löst diese Aufgabe durchaus stringent, indem er im ersten Teil vor allem den Begriff, die Arten und die nationalen rechtlichen Grundlagen des Arbeitskampfrechts unter vollständiger Berücksichtigung des bisherigen Schrifttums darstellt, in der Folge einen interessanten Überblick über das Streikrecht in den anderen Mitgliedstaaten der EU bietet und schließlich zuletzt die Frage erörtert, wie sich ein gemeinschaftliches Grundrecht auf Streik zu den europäischen Marktfreiheiten verhält. Hierbei erleichtert die Einfügung von zusammenfassenden Zwischenergebnissen nach den jeweiligen Kapiteln wesentlich den Einstieg in die jeweils anschließende Thematik. Das Ergebnis – als kurze Antwort auf den in Frageform durchaus provokant gewählten Titel des Buches formuliert: „Kein Ende des Streikrechts!“

In einer Buchbesprechung einen rechtswissenschaftlichen Diskurs über einzelne Thesen zu führen, würde dem Umfang und der geistigen Leistung einer Monografie niemals gerecht werden und soll daher dem zukünftigen Schrifttum vorbehalten bleiben. Als Mitarbeiter einer Arbeiterkammer eines Bundeslandes fühle ich mich aber jedenfalls zu folgendem kurzen Hinweis verpflichtet: Es gibt in Österreich nicht „die Arbeiterkammer mit ihren Landesstellen“, wie der Autor auf S. 48 vermeint, sondern jede Arbeiterkammer eines Bundeslandes ist eine eigenständige Körperschaft öffentlichen Rechts, die grundsätzlich autonom ihre gesetzlichen Aufgaben wahrnimmt. Der Umstand, dass das Kernthema der Monografie ganz woanders liegt, macht eine derartige Aussage zwar verzeih-, aber gerade für mich als Rezensenten nicht verschweibar.

Insgesamt: Ein beachtliches „Erstlingswerk“ von *Florian Burger*, das geeignet ist, den Grundstein für ein neuartiges Verständnis eines europäischen Streikrechts zu legen. Es sollte und darf daher in keiner Arbeitsrechtsbibliothek fehlen.

THOMAS RADNER (INNSBRUCK)

Resch

Sozialrecht

5. Auflage, Manz Verlag, Wien 2011
XXII, 212 Seiten, broschiert, € 36,-

Im handlichen A5-Format bietet das in fünfter Auflage erschienene Werk auf knapp über 200 Seiten eine kurze und prägnante Darstellung des Sozialrechts. Die insb im Sozialrecht häufig anzutreffenden variablen Werte wurden besonders, nämlich durch das @-Symbol gekennzeichnet. Dies gilt etwa für die zahlreichen Höchstbeitragsgrundlagen, welche im Buch referiert werden. Vgl etwa S 23 die Geringfügigkeitsgrenze für die Pflichtversicherung für Selbstständige nach GSVG von jährlich € 6.453,36 (also monatlich € 537,78), für Personen, die ausschließlich die betriebliche Tätigkeit ausüben, sowie € 4.488,24 (also € 374,02 monatlich) für Personen, die auch eine sonstige Erwerbstätigkeit ausüben. Das Werk enthält grundlegende Literaturangaben, die Auseinandersetzung des Begriffes des Sozialrechts samt Darlegung der historischen Entwicklung (3-6). Im Buch wird übersichtlich erklärt, was unter einer Selbstversicherung, Weiterversicherung (in der PV) und einer Höherversicherung (in der PV und UV) zu verstehen ist (27 ff). Hingewiesen wird verdienstvollerweise auf die Ausnahmen öffentlicher Bediensteter aus dem Bereich des ASVG (S 20 und 22).

Das Werk enthält trotz seiner Kürze wichtige Detailhinweise, etwa auf den Umstand der Fortdauer der Pflichtversicherung nach dem ASVG für Zeiten des Bezugs einer Ersatzleistung für Urlaubsgeld und von Kündigungsentschädigung. Siehe dazu das Beispiel auf S 19 sowie den bedeutsamen Hinweis, dass auch bei einem (außergerichtlichen oder gerichtlichen) Vergleich die Versicherung auf die Zeit erstreckt wird, für die der Vergleichsbetrag als Arbeitslohn gebührt. Daraus können sich sodann bei gerichtlichen Verfahren im Einzelfall nicht unwesentliche Konsequenzen ergeben. Werden im Vergleichsweg zusätzliche Leistungen gewährt, muss dabei mitberücksichtigt werden, dass dann insb bei Übertritt in den Ruhestand zustehende Pensionsleistungen Kürzungen erfahren können. Freilich konnte in dem Überblickswerk aber auf diese weitere Konsequenz nicht eingegangen werden.

Als Kalkül ist festzuhalten, dass das Rechtstaschenbuch „Sozialrecht“ von Prof. *Resch* ohne Vorbehalte empfohlen werden kann. Zudem bieten der Autor wie der Verlag als zusätzliche Serviceleistungen an, die veränderlichen Daten und Zahlen parallel zum Buch jeweils aktualisiert im Internet nachlesen zu können, wodurch der Praxiswert zusätzlich erhöht wird.

HELMUT ZIEHENSACK (WIEN)

Ziehensack

AHG – Amtshaftungsgesetz

Praxiskommentar, Verlag LexisNexis ARD Orac, Wien 2011, 900 Seiten, kartoniert, € 160,-

Der fast erstaunliche Umfang eines Kommentars zu dem 17 Paragraphen umfassenden AHG erklärt sich einerseits daraus, dass der Kommentar sich keineswegs nur auf das AHG selbst beschränkt, sondern immer wieder auf wichtige weitere Gesetzesbestimmungen verweist. AVG, ABGB, StGB usw werden – wenn erforderlich – ebenso behandelt wie disziplinarrechtliche Bestimmungen oder solche des Verfahrensrechtes. Andererseits besticht der Kommentar durch eine geradezu unglaubliche Fülle an Beispielen, Hinweisen auf Entscheidungen und praxisbezogenen Einzelfällen.

Dabei wird nicht nur auf die übliche, sozusagen alltägliche Praxis der Amtshaftung eingegangen, auch fast groteske Ansprüche werden behandelt und es kommt – in diesem Zusammenhang – selbst der Umgang mit Querulanten nicht zu kurz. Man gewinnt den Eindruck, dass es kaum ein Gebiet im Bereich möglicher Amtshaftung gibt, das vom Autor nicht berücksichtigt wurde.

Neu ist dabei die Betonung der Sicht des/r beruflichen Parteienvertreter/in wie auch des öffentlichen Dienstes. Siehe dazu etwa die treffenden Ausführungen auf S 26 ff (Rz 72 ff) zur „Amtshaftungsquote als Qualitätskriterium der Verwaltung“. Zusammenhänge zum notwendigen eigenen Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes werden treffend aufgezeigt (Vor § 1 Rz 88 ff). Besondere Schnittpunkte zum öffentlichen Dienst ergeben sich etwa auch betreffend das Beamtenrecht, wenn bei Ernennungen willkürlich nicht der am besten geeignete Bewerber bzw die am besten geeignete Bewerberin herangezogen wurde. Die diesbezüglichen Voraussetzungen für Amtshaftungsansprüche nach zahlreichen einschlägigen Judikaten finden sich auf S 412 ff unter Rz 1402 ff.

Eine übersichtliche Systemisierung erleichtert die Handhabung des Werkes, aussagekräftige Kurzbezeichnungen ermöglichen einen raschen Überblick und das Wiederauffinden wichtiger Entscheidungen. Schaubilder sowie Muster von Formularen und Eingaben vervollständigen den Text und sind für den/die PraktikerIn von großem Nutzen.

Für diese/n, sei er/sie im anwaltlichen, richterlichen oder im Verwaltungsbereich tätig, ist der neue Kommentar zum AHG in erster Linie gedacht und wird als nützliches Instrument bei der Klärung vieler Fragen dienen können.

Die Praxisnähe ist dabei nicht erstaunlich, zumal der Verfasser Mag. Dr. *Helmut Ziehensack* seit längerer Zeit bei der Finanzprokuratorat tätig ist, bei jener Stelle also, die ständig mit Amtshaftungsproblemen konfrontiert ist, Stellungnahmen abgibt oder auch die Vertretung in Amtshaftungsprozessen übernimmt. Kein Wunder also, dass das neue umfangreiche Werk tatsächlich ein echter Praxiskommentar ist und als solcher sicher seine Verbreitung finden wird.

THOMAS STÖGER (NEUSIEDL/SEE)